



# 2005/45 Thema

<https://jungle.world/artikel/2005/45/feuer-und-flamme-fuer-die-grande-nation>

# Feuer und Flamme für die Grande Nation

Von **Bernhard Schmid**

**Die sozialen Misstände in den Pariser Banlieues und anderen Städten entladen sich in einer heftigen Revolte. von bernhard schmid, paris**

Beißende Rauchschwaden, die von den ausgebrannten Autokarosserien aufsteigen, ziehen durch die Hochhaussiedlung nahe der Kathedrale von Saint Denis bei Paris. Der 50jährige Mann schaut auf die schwelenden Trümmer seines Autos: »Drei Jahre lang haben ich diesen Drecksjob als Hundeführer bei einer Securityfirma gemacht, und vor kurzem konnte ich mir endlich diese alte Rostmühle kaufen. Warum zünden die nicht die Autos der Reichen an? Oder greifen die Polizei an, wo sie doch mit der ein Problem haben?« Das meinen auch die Leute in der Warteschlange beim marokkanischen Bäcker. »Sollen sie doch vor das Polizeikommissariat ziehen oder Politiker angreifen. Aber warum die Autos armer Leute?« fragt eine arabische Frau. Dagegen meint ein junger Mann mit Kapuzenpullover: »Doch, Monsieur, wir müssen das tun. Sonst nimmt uns doch keiner ernst. Sehen Sie dieses Dokument hier? Das ist mein französischer Ausweis. Damit bekommst du alle Rechte, hat man mir gesagt, wenn du ihn einmal hast. Pah! Abitur habe ich gemacht, und 1 500 Lebensläufe abgegeben. Pech. Ich wohne im falschen Viertel und habe einen falschen Namen, der arabisch klingt, da gibt es keinen Job. Wir müssen, Monsieur, wir müssen so handeln!«

Die Nacht zum Montag war die elfte in Folge, in der es zu schweren Unruhen kam. Waren sie zunächst auf den Großraum Paris beschränkt, so hatten sie seit drei Tagen auch Vorstädte französischer Provinzmetropolen erreicht: Evreux in der Normandie, das südfranzösische Avignon oder Liévin an der belgischen Grenze, Nancy, Strasbourg, Toulouse und andere Städte. Überall brennen Autos, werden Staatssymbole oder Einkaufszentren attackiert, in zwei Städten trafen auch Molotow-Cocktails die Wände von Kirchen, in einer die Wand einer Synagoge. Mancherorts flogen auch Brandsätze auf öffentliche Verkehrsmittel. In Sevran nordöstlich von Paris erlitt eine 56jährige gehbehinderte Frau schwere Verbrennungen, weil sie nicht rechtzeitig aus einem Stadtbus aussteigen konnte, der von Jugendlichen angegriffen und angezündet worden war. Die direkte Konfrontation mit den Ordnungskräften, die in den ersten Tagen bestimmend waren, werden jedoch weniger. Die Jugendlichen schlagen zu und verschwinden wieder.

In der Nacht zum Montag wurde eine neue Stufe der Eskalation erreicht: Zum ersten Mal wurden Polizisten durch Schüsse mit scharfer Munition verletzt. In der Nähe der riesigen Hochhaussiedlung La Grande Borgne in der Pariser Trabantenstadt Grigny waren 60 Beamte der

kasernierten Bereitschaftspolizei CRS in einen Hinterhalt geraten, in dem sie von rund 200 jugendlichen Angreifern mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen wurden. Dabei fielen Schüsse aus einem Jagdgewehr, die zwei Beamte schwer verletzten. Bisher war der Einsatz von Feuerwaffen in den französischen Banlieues noch die Ausnahme. Am Wochenende war auch das erste Todesopfer zu verzeichnen: Ein 61-jähriger Mann, der am Rand der Krawalle im Pariser Vorort Stains zusammengeschlagen worden war, erlag seinen Verletzungen.

Klasse ohne Bewusstsein

Die Banlieue im heutigen Sinne entstand am Ende des 19. Jahrhunderts rund um Paris. Von Revolutionsangst gepeinigt, teilten die französische Bourgeoisie und die Staatsbürokratie den Raum auf: Die »gefährlichen Klassen«, zu der damals neben dem Subproletariat auch die Industriearbeiterschaft gezählt wurde, wurden in einer Siedlungszone rund um die »eigentliche« Stadt konzentriert. Auf diese Weise, so der zugrunde liegende Gedanke, habe man sie besser unter Kontrolle, während man sich auf das übrige Frankreich als »sicheres Hinterland« stützen könne. So entstanden die Ballungsräume rund um Paris, Lille oder Lyon, die administrativ von den Kernstädten unterschieden wurden. Die Pariser Banlieue ist heute fast so groß wie das Saarland. Fast acht Millionen Menschen leben dort, wobei sich historische Stadtkerne und Reihenhaussiedlungen mit Hochhaus- und Plattenbaughettos abwechseln. Ein weitgehend abgeschotteter Raum, in dem die sozialen Verwerfungen, die allenthalben zu beobachten sind, schneller und brutaler vonstatten gehen.

Einst bildeten die Pariser Trabantenstädte einen »roten Gürtel« um das Zentrum, der größtenteils von der kommunistischen Partei regiert wurde. Davon sind heute nur noch Restbestände übrig. Aber für die jüngeren Generationen steht seit zwei, drei Jahrzehnten nicht länger die Fabrik im Mittelpunkt, sowohl die Fabrikdisziplin als auch die darüber vermittelte Bindung der Klassensolidarität sind verloren gegangen. Stattdessen herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit. Wer keine Aussicht hat, einen Job zu finden, strengt sich auch in der Schule kaum an, die Folge ist ein schier undurchdringlicher Kreislauf: Perspektivlosigkeit, fehlende Qualifizierung, Ausgrenzung, Verrohung im Alltag, Langeweile.

Einen Ersatz für das Gefühl der Klassenzugehörigkeit bieten die Jugendgangs, aber auch »Identitätsangebote«, wie sie etwa die Islamisten bereithalten. Da es an alternativen kollektiven Orientierungen mangelt, erscheint deren reale Bedeutung in den Banlieues allerdings größer, als sie in Wirklichkeit ist. Und vor allem sind die wachsende religiöse Orientierung und der größer werdende Einfluss der Islamisten nicht die Ursachen der gegenwärtigen Krise, sondern nur eine von mehreren Folgeerscheinungen der sozialen Zerrüttungsprozesse.

Daher wäre es falsch, in der Jugend der Banlieues eine Art Jugendorganisation von al-Qaida zu sehen. Für die Jugendlichen in den Trabantenstädten ist es viel wichtiger, »jemand sein zu können«, sie suchen nach Markenartikeln und anderen Statussymbolen und interessieren sich für das »schnell verdiente Geld«, – das in der Parallelökonomie der Banlieues, dem Drogengeschäft und anderen Kriminalitätsformen, möglich scheint. Charakteristisch für das Leben in den Vorstädten ist ansonsten ein hohes Maß an Gewalt untereinander – und ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen. Erst wenn ein spektakuläres oder als besonders skandalös empfundenes Ereignis »von außen« in den Mikrokosmos der Trabantenstädte einbricht, stellen sich viele Einwohner gemeinsam gegen den »äußeren Feind«. In der Regel ist dies die Polizei.

Die Jugendlichen nehmen den Staat als einen äußeren Aggressor wahr, der für die ungerechte Verteilung von Ressourcen verantwortlich sei und gegen den das »eigene Territorium« verteidigt werden müsse. Dabei ist in Wirklichkeit das gesellschaftliche Gewaltverhältnis in seiner Totalität den Banlieues genauso wenig äußerlich wie anderen Teilen des Staatsgebiets, und gleichzeitig hängen sehr viele Einwohner der Trabantenstädte von den sozialen Staatsfunktionen ab. Insofern haben viele Aktionen der nach Ausdrucksformen einer Revolte suchenden Banlieuejugend auch selbstzerstörerischen Charakter, da sie eine Infrastruktur treffen, die gesellschaftlichen Bedürfnissen dient. In Clichy-sous-Bois etwa wurden in den ersten Nächten auch ein Postamt und ein Kindergarten angegriffen.

#### Repressive Polizei und muslimische Hilfspolizei

Seit Jahrzehnten wurden und werden die Probleme in den Trabantenstädten vorwiegend als sicherheitspolitische Frage und als Fall für die polizeiliche Krisenverwaltung wahrgenommen. In den frühen neunziger Jahren erlebten die Banlieues unter dem damaligen konservativen Innenminister Charles Pasqua eine extrem repressive Phase. Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren kamen damals fast 200 Menschen bei polizeilichen Kontrollen, Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften oder in polizeilichem Gewahrsam ums Leben. Präsent war die Polizei vor allem in Gestalt von ortsfremden und militarisierten Einheiten, die in den Trabantenstädten nur in größerer Zahl auftraten und nicht selten regelrechte Strafexpeditionen durchführten. Dazu gehörten die kasernierte Bereitschaftspolizei CRS sowie die BAC, die »Brigaden zur Kriminalitätsbekämpfung«.

Die Sozialdemokraten und mit ihnen verbündete linke Parteien versuchten nach ihrer Regierungsübernahme Mitte der neunziger Jahre, der *violences urbaines*, der spezifischen Gewalt der Vorstädte, mit einer Form »intelligenter Repression« beizukommen. Eine »einwohnernahe Polizei« wurde eingeführt, die ein Minimum an Vertrauen zwischen Polizisten und Einwohnern schaffen sollte. Die rein repressiv agierenden Polizeitruppen wurden reduziert und, jedenfalls tagsüber, durch ziviler auftretende Polizisten in neuen Büros innerhalb der Vorstädte ersetzt. In den Nächten und an den Wochenenden freilich blieben die militarisierten Einheiten die Herren der Lage.

Mit dem Regierungswechsel im Mai 2002 und dem Amtsantritt von Innenminister Nicolas Sarkozy wurde das Experiment abrupt beendet. An vielen Orten, so auch in Clichy-sous-Bois, wurde die »einwohnernahe Polizei« stark reduziert. Sarkozy spottete, die Aufgabe seiner Polizisten sei es nicht, den »Sozialarbeiter und Stadtteilanimateur« zu spielen. Die repressiven Einheiten übernahmen wieder das Terrain.

In ihrem Bericht vom Februar dieses Jahres äußerte sich etwa die beim Europarat eingerichtete Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz besorgt über die starke Zunahme diskriminierender Kontrollen. Eine entsprechende Anmerkung wurde im April im Jahresbericht von amnesty international übernommen. Falls sich am Vorgehen der Polizei nichts ändere, sei bald mit einer Zunahme der Spannungen in den Banlieues zu rechnen, schrieb amnesty im April.

Der Tod zweier Jugendlicher am vorletzten Donnerstag in Clichy-sous-Bois, die vor einer Personalienfeststellung durch Beamte der BAC geflohen und bei einem Stromunfall ums Leben kamen, löste denn auch die gegenwärtigen Unruhen aus. Die Berichte von Jugendlichen aus dieser Gruppe, die zu Zeugen des Geschehens wurden, vermitteln eine Ahnung von ihrem Alltag: »Ich hatte einfach keine Lust, vier Stunden für überhaupt nichts auf der Polizeiwache zu

verbringen«, sagte der 16jährige Sofiane, der ebenfalls vor den Beamten weglief. Selbst die konservative Tageszeitung Figaro kommt nicht umhin festzustellen, dass die jugendlichen Bewohner der Banlieues bis zu zweimal am Tag von der Polizei kontrolliert würden – zumeist grundlos. In den Ereignissen in Clichy, in deren Schilderungen von Polizeischikanen, von der Flucht und dem Hass, erkannten sich zahllose Jugendliche im ganzen Land wieder. Das reichte, um einen Aufstand in den Banlieues auszulösen.

Sarkozy ergänzte seine Strategie um eine zweite Maßnahme, nämlich religiöse und kommunitaristische Gruppen als »Ordnungstifter« einzusetzen, ähnlich wie in Großbritannien, wo eine solche Politik bereits unter Margaret Thatcher begonnen wurde. Dazu gehörten insbesondere muslimische Verbände. Diesen Vereinigungen, auch den reaktionär-kommunitaristischen und teilweise islamistischen, kam dies entgegen. Besteht ihr zentrales ideologisches Anliegen doch in einer gegebenenfalls autoritären »Moralisierung« der Gesellschaft, die sie als Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben ansehen. Für den Staat haben diese Verbände einen weiteren Vorzug, der sie von Bürgerinitiativen oder Frauen- und Stadtteilgruppen unterscheidet: Sie verlangen von der Regierung keine finanziellen Mittel, sondern wollen nur ungehindert ihrer missionarischen Tätigkeit nachgehen können.

Auch nach den Ereignissen von Clichy-sous-Bois mobilisierte Sarkozy einige muslimische Gruppierungen, die zur Befriedung aufriefen. In Moscheen wurde für eine »Rückkehr zum Frieden und zur Ordnung« gepredigt, ein Imam brachte den Vorschlag ins Gespräch, »ältere, respektable Herren« auszuwählen und diese anstelle der Polizisten den Jugendlichen entgegen zu stellen. Die Union islamischer Organisationen in Frankreich (UOIF) erließ am Sonntag gar eine »Fatwa gegen Krawalle«. Diesem Unterfangen nicht gerade zuträglich war die Tränengasgranate der Polizei, die am vorletzten Sonntag in einer Moschee in Clichy explodierte. Der als moderat bekannte Direktor der Pariser Zentralmoschee und oberste Repräsentant des institutionalisierten Islam, Dalil Boubakeur, richtete daraufhin eine eher verhaltene Kritik an den Innenminister, worauf er wiederum von der reaktionären UOIF attackiert wurde. Boubakeur habe in »unzulässiger Weise Politik betrieben«. Zum Hintergrund des Streits gehört jedoch, dass Boubakeur dem französischen Präsidenten Jacques Chirac nahe steht, während die Führung der UOIF in den vergangenen Jahren eine strategische Allianz mit Sarkozy eingegangen ist.

#### Ratlose Linke

Die Linke hat erhebliche Schwierigkeiten damit, eine Antwort auf die Ereignisse zu finden. So sehr sie auch in der »sozialen Frage« die Ursache für die Krise in den Banlieues erkennt, so wenig vermag sie es, sich mit den konkreten Aktionen der Jugendlichen anzufreunden. Lediglich die autonomen Gruppen, die in der französischen Linken jedoch sehr marginal sind, begrüßen das Vorgehen der Banlieuejugend nahezu uneingeschränkt. Soweit Meinungsäußerungen von dieser Seite einholbar sind, wird in den Riots ein Aufbegehren des Subproletariats erblickt, das ein Vorbote der sozialen Revolution sein soll. Dies dürfte, gelinde formuliert, reichlich optimistisch sein.

Ratloser ist die staatstragende Linke. Erst nach mehreren Tagen konnten sich die Sozialdemokraten zu einer eindeutigen Äußerung durchringen. Seitdem beklagen sie die »Abkehr vom Prinzip der einwohnernahen Polizei«, die nach dem Regierungswechsel vollzogen wurde. Zwar kritisieren führende sozialistische Politiker Sarkozy, der mit seinem ruppigen Umgangston die Jugendlichen provoziert habe. Anders als beispielsweise die Grünen und die KP

fordern sie aber nicht den Rücktritt des Innenministers, weil eine solche »riskante Operation« die Jugendlichen ermuntern könne. Die KP wiederum betont, dass in den Banlieues weniger polizeiliche und mehr sozialstaatliche Maßnahmen notwendig seien. Am Freitagabend demonstrierten ein paar hundert Parteimitglieder, darunter viele Bürgermeister aus den Trabantenstädten, vor dem Amtssitz des Premierministers und verurteilten nicht nur »die Gewalt«, sondern verlangten mehr Geld für die dringendsten sozialen Aufgaben und Bedürfnisse in den Banlieues.

Der größere Teil der radikalen Linken möchte jedoch das Problem weder aus der staatlichen Perspektive betrachten noch die Aktionsformen der Banlieuejugend bejubeln. Alain Krivine, einer der Köpfe des Pariser Mai 1968 und bis vor kurzem Wortführer der trotzkistischen LCR, spricht sowohl von einer »Revolte« als auch von »Gewalttaten«, die in der Gesellschaft »Besorgnis« hervorriefen. Der restlichen Linken schlägt die LCR vor, eine gemeinsame Großdemonstration in Form eines »friedlichen Marschs aus den Trabantenstädten« ins Pariser Zentrum durchzuführen, um den Rücktritt von Innenminister Sarkozy zu fordern. Dafür gibt es noch keine konkreten Pläne, aber in dieser Woche wollen die LCR und andere linke und gewerkschaftliche Kreise vor den Rathäusern der Trabantenstädte demonstrieren.

Die Revolte fällt keineswegs vom Himmel. Aber mehr als ein kurzfristiger Abbau des angestauten sozialen Frusts ist sie nicht, an den Ursachen der Misere in den Trabantenstädten wird sie wenig ändern. Wenn die Unruhen abflauen, dürften unterschiedliche Akteure, von Stadtteilgruppen bis zu muslimischen Verbänden, etwas bessere Ausgangsbedingungen haben, um wieder mehr Förderungen zu erhalten, nachdem die jetzige Regierung sie im letzten Jahr drastisch gekürzt hatte. Auch dies dürfte die ohnmächtige Wut in den Banlieues nicht lange besänftigen.